

Japans militärische Wiedergeburt

Vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage im Ostchinesischen Meer betreibt Japans konservative Regierung die Loslösung von einer jahrzehntelangen Tradition der militärischen Selbstbeschränkung. Der Inselstaat steht vor einer schwierigen Gratwanderung zwischen der Stärkung seines Verteidigungspotenzials und der Fortsetzung seiner sicherheitspolitischen Zurückhaltung.

Von Michael Haas

Als der japanische Premier Shinzo Abe am 26. Dezember 2013 den Yasukuni-Schrein in Tokio betrat, stellte dies zwar einmal mehr eine Verletzung regionaler Sensibilitäten, aber längst keinen Tabubruch mehr dar. Für konservativ-nationalistische Politiker sind die Besuche im Schrein, in dem nebst gefallener japanischer Soldaten auch zahlreicher Kriegsverbrecher gedacht wird, vielmehr fester Bestandteil einer Agenda der sicherheitspolitischen «Normalisierung». Seit seinem erneuten Amtsantritt als Premier Ende 2012 verfolgt Abe dieses Ziel mit Entschlossenheit. Er war an der Spitze der Liberaldemokratischen Partei (LDP) angetreten, um Japan im Kontext sich zuspitzender Territorialkonflikte mit der Volksrepublik China zurück zu wirtschaftlicher und militärischer Stärke zu führen.

18 Monate später zeigen die Bemühungen des Kabinetts Abe beachtliche Ergebnisse: Nach einem Jahrzehnt fallender Budgets wurde der Verteidigungsetat deutlich erhöht, das Fähigkeitsprofil der Selbstverteidigungskräfte (SVK) in wichtigen Bereichen ausgebaut und erweitert und zuletzt auch das jahrzehntelange Verbot von Rüstungsexporten aufgehoben. Auch der umstrittenste Aspekt des konservativen Verteidigungsprogramms – die Lockerung der verfassungsmässigen Einschränkungen für den Streitkräfteeinsatz – wurde mit Vehemenz in Angriff genommen. Zugleich ist



Seit einigen Jahren passt Japan seine Verteidigungsstrategie an. Auch heute schon braucht das Land gerade im maritimen Bereich keine Vergleiche zu scheuen. *Kim Kyung-Hoon / Reuters*

die Allianzverbindung mit den USA enger als zu jeder anderen Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges.

Dass die im rechten Lager viel beschworene Loslösung von der Nachkriegstradition der umfassenden militärischen Selbstbeschränkung nunmehr in eine neue Phase eingetreten ist, ist vor allem regionalen Dynamiken geschuldet. Die politische Führung rührt durch die Kurskorrektur jedoch nicht nur an die 1947 von den USA oktroyierten «Friedensverfassung», sondern auch

an die wenig aufgearbeitete Geschichte Japans in seiner Periode der militärischen Stärke. Im regionalen Kontext werden diese Entwicklungen nicht nur von China, sondern auch von US-Verbündeten wie Südkorea mit grossem Argwohn betrachtet. Ohne geeignete Mechanismen für die Konfliktbearbeitung wiegen die historischen Animositäten umso schwerer.

Im Folgenden werden die Hintergründe der gegenwärtigen Entwicklungen beleuchtet und die wichtigsten Dimensionen

der verteidigungspolitischen Anpassung dargestellt. Abschliessend werden mögliche Konsequenzen des Prozesses für die regionale Sicherheitsordnung diskutiert.

Last der Geschichte

Japans Verteidigungspolitik ist durch seine Geschichte im 20. Jahrhundert in mehrfacher Hinsicht belastet. Einerseits ist die Vorstellung eines militärisch starken Japan in der regionalen Wahrnehmung untrennbar mit brutalem Kolonialismus und Eroberungspolitik verbunden. Andererseits ist Japan als Resultat seiner militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg durch seine Verfassung auf eine Rolle der militärischen Zurückhaltung und sicherheitspolitischer Abhängigkeit von den USA festgelegt.

Der Aufstieg Japans zur stärksten Militärmacht Asiens zog unmittelbar die Kolonisation Taiwans und Koreas nach sich. In den 1930er-Jahren folgte die Besetzung der Mandschurei und grosser Teile des chinesischen Kernlands. Die Bestrebungen zur Schaffung einer «Grossasiatischen Wohlstandssphäre» gipfelten ab 1941 in der Einverleibung der westlichen Kolonien Südostasiens.

Schätzungen zufolge kostete das japanische Expansionsstreben, das teilweise in eine Vernichtungspolitik überging, bis 1945 alleine auf dem chinesischen Festland

Japan darf von Rechts wegen keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten.

bis zu 10 Millionen Menschenleben. Weitere Millionen wurden als Zwangsarbeiter verschleppt, hunderttausende Ostasiatinnen waren sexueller Ausbeutung durch japanische Truppen ausgesetzt. Japans Nachkriegsregierungen haben sich zwar bei den Opfern wiederholt entschuldigt, für das dunkle Kapitel aber anders als etwa die Bundesrepublik Deutschland nie umfassende Verantwortung übernommen.

Pazifistische Kehrtwende

Die Verteidigungspolitik und das Aussenverhalten des demokratischen Japan stellen sowohl in verfassungsrechtlicher wie auch praktischer Hinsicht eine radikale Abkehr von der kriegerischen Tradition des Kaiserreichs dar. In Artikel 9 der von der amerikanischen Besatzungsmacht diktierten Verfassung verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souve-

ränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um diese Zielsetzung praktisch abzusichern, darf Japan von Rechts wegen «keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten.»

Zwar wurde dieses Verbot im Kontext des aufkeimenden Kalten Kriegs bald mit Zustimmung der Besatzer unterlaufen, eine Reihe tiefgreifender Einschränkungen blieben jedoch bestehen. So war ein Einsatz japanischer Truppen im Ausland bis in die 1990er-Jahre auch im Rahmen UNO-geführter Friedensmissionen vollständig untersagt. Ausserdem verzichtet Japan bis heute auf das in der UNO-Charta verbrieftete Recht der kollektiven Selbstverteidigung. Der Einsatz von Gewalt ist den SVK grundsätzlich nur zur Abwehr direkter Angriffe auf ihre Truppen oder japanisches Eigentum erlaubt.

Auch der Besitz offensiver militärischer Fähigkeiten ist streng reguliert, weshalb der Inselstaat weder Flugzeugträger noch Angriffsmittel grosser Reichweite besitzen darf. Entwicklung, Produktion und Besitz von Nuklearwaffen werden im politischen Mainstream strikt abgelehnt. Der Verteidigungshaushalt unterliegt einer Deckelung von einem Prozent des Bruttosozialprodukts. Aufgrund dieser – im Gegensatz zur Verfassung – selbst auferlegten Einschränkungen bleibt Japan bis heute von militärischen Garantien der USA abhängig. Dennoch geniesst die restriktive Auslegung der Verfassungsnormen, auch und gerade angesichts ihrer Infragestellung durch das Kabinett Abe, grosse Unterstützung in der japanischen Bevölkerung.

Die Sicherheitslage Japans hat sich jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gewandelt. Zum einen ist der ressourcenarme Inselstaat mit seiner exportorientierten Wirtschaft von den globalen Verwerfungen und Instabilitäten nicht verschont geblieben. Zum anderen haben sich auch die Anforderungen an die Verteidigung der Heimatinseln verändert.

Ende der Isolation

Bereits Anfang der 1990er-Jahre wurde Japans relative Abschottung von globalen Sicherheitsentwicklungen in Frage gestellt. So sah sich die LDP-Regierung in Tokio angesichts ihres bescheidenen Engagements im Golfkrieg von 1991 in der Kritik. Wenig später rang man sich erstmals zur



Bereitstellung einer kleinen Zahl von UNO-Friedenstruppen durch.

Zu grösseren Dambrüchen in der Entsendungspolitik kam es aber erst im Rahmen des US-geführten Anti-Terror-Krieges. Ab 2002 unterhielten die Maritimen Selbstverteidigungskräfte (MSVK) im Rahmen der Operation *Enduring Freedom* eine Versorgergruppe im Indischen Ozean. Aus politischer Solidarität und wegen der massiven Abhängigkeit von nahöstlichem Öl sprang Tokio den USA ab 2004 im Irak mit Unterstützungstruppen bei.

2009 wurden erstmals japanische Kriegsschiffe und Seeaufklärer entsandt, um an der multinationalen Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika teilzunehmen. Dafür wurden die Marineeinheiten auch autorisiert, zum Schutz unter fremder Flagge fahrender Schiffe notfalls Gewalt anzuwenden. Allerdings erwiesen sich die SVK bei der Geiselnahme von Ölingenieurern in Algerien Anfang 2013 als ähnlich hilflos, zum Schutz japanischer Bürger im Ausland einen nennenswerten Beitrag zu leisten, wie schon 1996 bei der traumatischen Geiselnahme in der japanischen Botschaft in Peru.

Neue Bedrohungslage

In der Territorialverteidigung ging die einzige unmittelbare Bedrohung japanischer Bevölkerungszentren lange vom begrenzten Raketenpotenzial eines unberechenba-

ren Nordkorea aus. Durch die nukleare Bewaffnung des Japan unfreundlich gesonnenen Regimes hat diese Situation an Dringlichkeit gewonnen. Zugleich hat sich der Gesamtfokus der Verteidigungsstrategie von der Sicherung der nördlichen und zentralen Hauptinseln Hokkaidō und Honshū gegen eine mögliche Invasion an die Peripherie des japanischen Archipels verschoben, die von fast 7000 kleinen und kleinsten Inseln gebildet wird. Japan ist mit vier seiner fünf Nachbarstaaten in Territorialstreitigkeiten verwickelt.

Während die Dispute mit Russland über die südlichen Kurilen und mit Südkorea um Takeshima/Dokdo im Wesentlichen stabil sind, hat sich der Konflikt mit der VR China um die Senkaku/Diaoyu-Inseln seit 2010 massiv zugespitzt. Die Streitigkeiten sind vor dem Hintergrund von Chinas zunehmender militärischer Stärke und seiner offensiveren Aussenpolitik zu sehen. Letztlich ist der Referenzpunkt der von beiden Seiten mit zunehmender Vehemenz vertretenen Ansprüche nicht der Status der Kleininselgruppe, sondern vielmehr der regionale Status quo und das Ringen um die Gestalt einer zukünftigen Sicherheitsordnung.

Beide Staaten beschränken sich dabei überwiegend auf den Einsatz ihrer Küstenwachen sowie anderer paramilitärischer und ziviler Agenturen. Eine unkontrollierte Ausweitung des Inselkonflikts ist derzeit eher nicht zu befürchten, zumal der Modus der Konfrontation in erster Linie auf die symbolische Bekräftigung klar umrissener Ansprüche gerichtet ist. Ein Vorfall im Januar 2013, bei dem ein chinesisches Kriegsschiff einen japanischen Zerstörer mit seinem Feuerleitradar erfasst haben soll, zeigt jedoch, dass das Potenzial für militärische Zwischenfälle gegeben ist.

Besonders hoch ist die militärische Interaktionsdichte in der Luft, wo die japanische Luftverteidigungszone mit einer im November 2013 neu eingerichteten chinesischen Zone überlappt. Insgesamt 812 Mal innerhalb des letzten Fiskaljahrs stiegen japanische Jäger zu Abfangflügen auf, wovon mehr als die Hälfte gegen chinesische Luftfahrzeuge gerichtet war. Dieser Wert wurde zuletzt im Jahr 1989 erreicht.

Angepasste Verteidigungsstrategie

Das Erstarken Chinas, das sein Militärbudget seit dem Jahr 2000 um etwa 400 Prozent erhöht hat, und die Möglichkeit eines militärischen Konflikts um vorgeschobene Inselterritorien erfordern eine

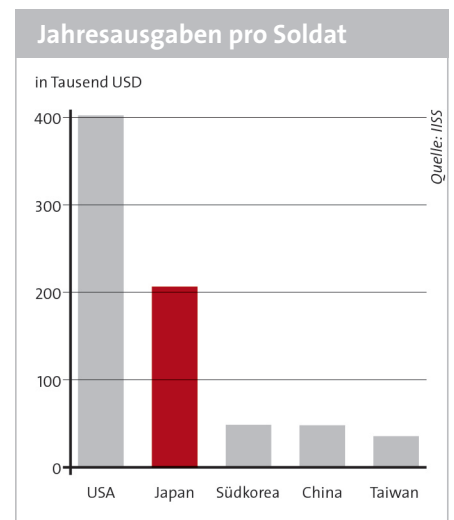
Anpassung des Fähigkeitsprofils und der Operationsweise der SVK. Um seine Ansprüche glaubwürdig vertreten zu können und für eine mögliche Verschärfung des Konflikts gerüstet zu sein, setzt Japan wie andere Staaten in der Region auf die Modernisierung und in einzelnen Bereichen auf die Erweiterung seines Militärs. Premierminister Abe zufolge sollen die SVK für einen «proaktiven Pazifismus» konfiguriert werden.

Dabei unterhält Japan seinen verfassungsmässigen Restriktionen zum Trotz auch heute schon hochmoderne, professionelle und kapitalintensive Streitkräfte, die in der Region keinen Vergleich scheuen müssen. So sind die Luftselbstverteidigungskräfte (LSVK) der Luftwaffe der chinesischen Volksbefreiungsarmee zwar zahlenmässig stark unterlegen, bei den modernen Mehrzweckkampflugzeugen der 4. Generation ist das Kräfteverhältnis mit 1:2,15 aber trotz Chinas rasanter Modernisierung keineswegs hoffnungslos. Die MSVK sind der chinesischen Marine an Zerstörern mit 2,25:1 voraus und verfügen über eine qualitativ überlegene U-Bootflotte.

Um die Sicherheit seiner Territorien angesichts gegenläufiger Trends auch längerfristig gewährleisten zu können, wurde in den letzten Jahren unter anderem die Restrukturierung der Bodentruppen der SVK zu einer leichter verlegbaren und geographisch ausbalancierten Streitmacht beschlossen. Im Verteidigungsweissbuch von 2013 wurde zudem die Schaffung einer amphibischen Kampfeinheit von bis zu 3000 Mann vorgezeichnet, die zunächst ein leichtes Infanterieregiment umfassen wird. Ausserdem soll die Überwachung der südwestlichen Ryūkyū-Inselkette deutlich verbessert werden.

Auf der Basis einer Budgeterhöhung von fünf Prozent wurde eine Reihe wichtiger Beschaffungsvorgänge eingeleitet. Die Luftwaffe wird um 28 Mehrzweckkampflugzeuge des Typs F-35 erweitert werden, wodurch sie vor allem eine diversifizierte Luft-Boden-Fähigkeit gewinnt. Zudem werden vier Frühwarnflugzeuge, drei Tanker und drei Aufklärungsdrohnen des Typs RQ-4 Global Hawk angeschafft. Diese Fähigkeiten sind auch im Kontext einer Debatte über mögliche Präemptivschläge gegen Nordkoreas Mittel- und Langstreckenraketen zu sehen.

Die MSVK werden mit den «Hubschrauberzerstörern» der Izumo-Klasse in den nächsten Jahren zwei Schiffe eines Typs in



Dienst stellen, der auch als leichter Flugzeugträger klassifiziert werden könnte. Da es sich hier um potenziell offensive Fähigkeiten handelt und die Frage der Machtprojektion in das maritime Umfeld politisch besonders sensibel bleibt, wird eine Politik der Verschleierung betrieben. Die U-Bootflotte soll von 16 auf 22 Einheiten erweitert werden, ausserdem erhält die Marine sieben weitere Lenkwaffenzerstörer und 23 neue Seeaufklärer. Ebenfalls geplant ist ein Küstenkampfschiff, das voraussichtlich in Kooperation mit den USA entwickelt werden wird.

Vertiefte Allianz

Die negativen Sicherheitsdynamiken in der Region haben in den letzten Jahren sowohl auf der politischen als auch auf der militärischen Ebene zu einer Revitalisierung des Bündnisses mit den USA geführt. Hatten noch in den 2000er-Jahren Spannungen um die amerikanische Truppenpräsenz auf Okinawa und Unklarheiten über die zukünftige Ausrichtung der US-Gesamtstrategie zu beiderseitigem Zweifel geführt, so sind die Bündnispartner in den letzten Jahren wieder eng zusammengedrückt. Die Neuausrichtung der USA auf den pazifischen Raum bleibt zwar mit einigen Fragezeichen versehen, lässt aber kaum Zweifel über die Absicht eines fortgesetzten, weitreichenden Engagements in der Region. Japan ist dabei ein unverzichtbarer und in der Tat unersetzlicher Partner.

Ausgehend von dieser soliden Basis kommt es derzeit zu einer weiteren Vertiefung der Allianz. Im Inselstreit mit China hat Washington versichert, im Ernstfall den Vertrag über gegenseitige Kooperation und

Japan und die Schweiz

2014 feiern die Schweiz und Japan das 150. Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen. Die Verbindung zwischen den beiden Hochtechnologieländern ist insbesondere im wirtschaftlichen Bereich intensiv. 2009 trat ein **Freihandelsabkommen zwischen Japan und der Schweiz** in Kraft. Es ist bis heute das einzige derartige Abkommen Japans mit einem europäischen Land. Die Schweizer Exporte beliefen sich 2012 auf rund 7 Mia. CHF, während aus Japan Güter im Wert von 4,2 Mia. CHF importiert wurden. Japan ist nach den USA und China der drittgrößte außereuropäische Handelspartner der Schweiz.

Auf diplomatischer Ebene gehört Japan zu den **engsten asiatischen Partnern der Schweiz**, besonders in der Welthandelsorganisation WTO oder im Bereich des Klimaschutzes ist die Zusammenarbeit eng. 2007 wurde zudem ein bilaterales Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet, vor zwei Jahren wurde beschlossen, diese Kooperation weiter zu vertiefen. Nicht zu vergessen ist auch der kulturelle Austausch: Jährlich besuchen rund 300 000 Japaner die Schweiz.

Nach dem **Reaktorunglück in Fukushima** im März 2011 schickte die Schweiz Rettungskräfte zur Unterstützung der Bergungsarbeiten. Die Katastrophe hatte auch Auswirkungen auf die Schweizer Energiepolitik. Die Schweizer Kernkraftwerke sollen nach Ablauf ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer nicht ersetzt werden. Momentan wird von der Stilllegung des letzten Kraftwerks im Jahr 2034 ausgegangen.

Sicherheit von 1960 zur Anwendung zu bringen, in dessen Artikel V die Beistandspflicht im Konfliktfall geregelt ist. Umgekehrt finden die Vorstöße des Kabinetts Abe zur Ermöglichung kollektiver Verteidigungshandlungen in den USA Zuspruch. Die Rüstungszusammenarbeit wurde weiter ausgebaut, wobei Japan insbesondere im Bereich der seegestützten Raketabwehr mittlerweile einen Sonderstatus genießt.

Die weitere Entwicklung könnte insbesondere eine Ausweitung von Japans Aufgaben im Konfliktfall mit sich bringen. Während des Kalten Krieges waren die SVK auf bestimmte defensive Unterstützungsleistungen festgelegt; insbesondere in der U-Bootbekämpfung und Minenräumung entwickelten sie exzellente Fähigkeiten. Im Fall eines zukünftigen Konflikts im Ostchinesischen Meer oder um die koreanische Halbinsel könnte Japan ein deutlich breiteres Portfolio militärischer Mittel einsetzen.

Dafür wäre auch eine stärkere Einbindung in die amerikanische Operationsplanung und Vernetzung vonnöten, die in dieser Form bisher nicht besteht. Das *Air-Sea Battle*-Konzept, das die operative Überlegenheit der US-Streitkräfte gegenüber einem Gegner mit hochentwickelten Abhaltefähigkeiten – konkret: die VR China – sichern soll, sieht zwar grundsätzlich die enge Kooperation mit regionalen Alliierten vor, läuft aber Gefahr, im Bereich der Interoperabilität zusätzliche Hürden zu errichten. Zugleich dürfte Tokio kaum bereit sein, durch eine weitgehende Verstrickung mit amerikanischen Operationsplänen in seinem Prärogativ eingeschränkt zu werden, über den Einsatz japanischer Truppen souverän befinden zu können.

Die Befürchtung, vom Allianzpartner entgegen den eigenen Interessen in einen Konflikt hineingezogen zu werden, geht indes auch in Washington um. Abes Nationalismus und das teils offen konfrontative Verhalten Japans im Inselstreit um die Senkakus liessen ein solches Szenario in den letzten Jahren plausibler erscheinen. Ein starkes, offensiv agierendes Japan würde deshalb politisch nicht unbedingt zu jenem berechenbaren Partner werden, den man sich jenseits des Pazifiks wünscht.

Die Befürchtung, vom Allianzpartner entgegen den eigenen Interessen in einen Konflikt hineingezogen zu werden, geht indes auch in Washington um. Abes Nationalismus und das teils offen konfrontative Verhalten Japans im Inselstreit um die Senkakus liessen ein solches Szenario in den letzten Jahren plausibler erscheinen. Ein starkes, offensiv agierendes Japan würde deshalb politisch nicht unbedingt zu jenem berechenbaren Partner werden, den man sich jenseits des Pazifiks wünscht.

Regionale Besorgnis

Für viele Staaten Ost- und Südasiens ist das Szenario eines aus seiner Selbstfesselung befreiten Japan nach wie vor mit tief verwurzelten Ängsten besetzt, welche die zunehmend konfrontative Dynamik in der Region ihrerseits negativ beeinflussen können. Zugleich ist eine verteidigungspolitische Isolation der zweitgrößten Regionalmacht im Kontext von Chinas militärischem Aufstieg nicht mehr als realistische Option zu sehen. Sie würde auf Dauer ein

massives Ungleichgewicht schaffen, das auch die USA alleine nicht ohne Weiteres ausgleichen können. Hier einen akzeptablen Mittelweg zu finden, bedarf eines Fingerspitzengefühls, das die politische Klasse Japans in der Vergangenheit nicht selten hat vermissen lassen.

Geht es nach den Exponenten konservativ-nationaler Strömungen soll die sicherheitspolitische «Normalisierung» auf der Basis einer positiven Umdeutung der japanischen Geschichte erfolgen, nicht ihrer Aufarbeitung. Japans militärische Wiedergeburt könnte darum die wenig entwickelten Mechanismen der regionalen Konfliktbearbeitung stark belasten und die existierenden Verwerfungen auch zwischen den US-Alliierten weiter vertiefen. Eine stärkere Zusammenführung der bilateralen Allianzstrukturen regionaler Staaten mit den USA wäre dann praktisch ausgeschlossen. Die Beibehaltung des so genannten *hub and spoke*-Systems bilateraler Bündnisse mit einer starken, ausgleichenden Rolle der USA erscheint vor diesem Hintergrund keineswegs als *Worstcase*-Szenario.

Auch unter den japanischen Wählern bleiben die Reformen des Kabinetts Abe umstritten. In der Tat scheint es, dass der massive Druck in Richtung einer Verfassungsänderung bereits beträchtliche Widerstände in der Bevölkerung geweckt hat. Befürwortete beim Amtsantritt der neuen Regierung eine knappe Mehrheit die Revision als notwendigen Schritt, so spricht sich heute die Mehrzahl der Wahlberechtigten gegen eine Aushöhlung der strikt pazifistischen Verfassungsinterpretation aus.

Ob Japan die schwierige Gratwanderung zwischen «neuer» militärischer Stärke und «alter» Zurückhaltung gelingt, ist nicht zuletzt eine Frage der politischen Bedachtsamkeit und des vorsichtigen Umgangs mit der Symbolik japanischer Macht. Die Überwindung interner Defizite in der japanischen Geschichtspolitik wird damit auch zu einem Prüfstein der westlich orientierten Ordnung im Ostasien.

Michael Haas ist Researcher im Team «Globale Sicherheit» am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Tashi Hinz
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Die Bundeswehr 2014 – Zwischen Kabul und Krim Nr. 154
Bewährungsprobe für Saudi-Arabiens Aussenpolitik Nr. 153
Russlands Militärreform: Fortschritte und Hürden Nr. 152
«Dual Use»: Der schwierige Umgang mit Urananreicherung Nr. 151
Kosovo zwischen Stagnation und Umbruch Nr. 150
Mehr Verantwortung? Deutsche Aussenpolitik 2014 Nr. 149